

Engartner, Tim; Abs, Hermann Josef; Hedtke, Reinhold; Oberle, Monika **Grundlagen einer datengestützten Berichterstattung zur politischen Bildung**

Abs, Hermann Josef [Hrsg.]; Engartner, Tim [Hrsg.]; Hedtke, Reinhold [Hrsg.]; Oberle, Monika [Hrsg.]; Heijens, Marie [Hrsg.]; Hellmich, Simon Niklas [Hrsg.]; Hulkovych, Valeriia [Hrsg.]; Huschle, Lucy [Hrsg.]; Wasenitz, Stella [Hrsg.]: Pilotmonitor politische Bildung. Indikatoren zur datengestützten Berichterstattung. Bonn : Bundeszentrale für politische Bildung 2025, S. 24-45. - (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung; 11134)



Quellenangabe/ Reference:

Engartner, Tim; Abs, Hermann Josef; Hedtke, Reinhold; Oberle, Monika: Grundlagen einer datengestützten Berichterstattung zur politischen Bildung - In: Abs, Hermann Josef [Hrsg.]; Engartner, Tim [Hrsg.]; Hedtke, Reinhold [Hrsg.]; Oberle, Monika [Hrsg.]; Heijens, Marie [Hrsg.]; Hellmich, Simon Niklas [Hrsg.]; Hulkovych, Valeriia [Hrsg.]; Huschle, Lucy [Hrsg.]; Wasenitz, Stella [Hrsg.]: Pilotmonitor politische Bildung. Indikatoren zur datengestützten Berichterstattung. Bonn : Bundeszentrale für politische Bildung 2025, S. 24-45 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-341162 - DOI: 10.25656/01:34116

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-341162>

<https://doi.org/10.25656/01:34116>

Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz:
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/deed> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt unter folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Dieses Werk bzw. dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden und es darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

This document is published under following Creative Commons-Licence:
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/deed.en> - You may copy, distribute and transmit, adapt or exhibit the work in the public as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor. You are not allowed to make commercial use of the work or its contents. You are not allowed to alter, transform, or change this work in any other way.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der

Leibniz
Leibniz-Gemeinschaft

Tim Engartner, Hermann Josef Abs,
Reinhold Hedtke, Monika Oberle

1. Grundlagen einer datengestützten Berichterstattung zur politischen Bildung

1.1 Wozu ein Monitoring der politischen Bildung?

Selbst etablierte Demokratien geraten seit geraumer Zeit durch einen sich gesellschaftlich verbreitenden und parlamentarisch verfestigenden autoritären Populismus unter Druck. So sehen sich auch lange Zeit für stabil erklärte demokratische Systeme herausgefordert, da sie bei ihren Bürger/-innen – teils erheblich und vermutlich nachhaltig – Vertrauen und Zuspruch eingebüßt haben. Angesichts dieser ebenso aktuellen wie tiefgreifenden Herausforderungen kommt der politischen Bildung immense Bedeutung zu. Immer häufiger wird ihr eine Kriseninterventionsfunktion zugeschrieben – indes ohne ihre personellen, strukturellen und finanziellen Ausgangsbedingungen zu verbessern, ihre Responsivität und Reichweite zu erhöhen sowie ihre Wirksamkeit erkennbar und nachhaltig zu stärken. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der veränderten gesellschaftlichen Anforderungsprofile ist es dringlicher denn je, die Strukturen politischer Bildung systematisch in den Blick zu nehmen. Auf der Grundlage einer evidenzbasierten Berichterstattung können politische, administrative und zivilgesellschaftliche Entscheidungsträger/-innen die politische Bildung informiert und zielgerichtet weiterentwickeln. In dem vorliegenden Pilotmonitor erfolgt der methodische Zugriff über Indikatoren, die im Stile eines Bildungsmonitorings zusammengetragen wurden.

Unter einem Bildungsmonitoring wird gemeinhin „die laufende Beobachtung der Rahmenbedingungen, Verlaufsmerkmale, Ergebnisse und Erträge von Bildungsprozessen mit Hilfe empirischer Methoden“ verstanden – zumeist verbunden mit dem Ziel, „administrative und politische Handlungsbedarfe und Interventionsmöglichkeiten aktuell und prospektiv zu erkennen“ (Maritzen/Tränkmann 2015: 233). Anders als zu vielen anderen Bildungsfeldern liegt eine solche wiederkehrende, systematische Berichterstattung zur politischen Bildung in Deutschland bislang nicht vor. Wenngleich einige wenige Studien

(vgl. exemplarisch Besand 2014; Kalina 2014; Lange 2010) existieren, wird mit Blick auf die Lage der politischen Bildung in Deutschland in (bildungs-)öffentlichen Debatten wiederkehrend ein Mangel an Evidenz beklagt. So besteht eine vielfach weitreichende Unklarheit über das Feld – sei es bezogen auf die Akteurslandschaft, die Teilnehmenden, die Prozesse oder die Lernergebnisse. Grundlegend fehlt bislang auch eine Darstellung darüber, welche bestenfalls belastbaren Daten – ggf. auch in regelmäßig wiederkehrender Form – auf Bundes- oder Länderebene verfügbar sind. Überdies mangelt es an einer bereichsübergreifenden Betrachtung, d. h. an einer Analyse, die schulische, hochschulische und außerschulische politische Bildungsmerkmale sowie die zweite und dritte Phase der entsprechenden Lehrkräftebildung gemeinsam in den Blick nimmt. Der Pilotmonitor legt den Grundstein für ein systematisches Monitoring der politischen Bildung in Deutschland. Dessen Motive, Potenziale und Limitationen werden im Folgenden skizziert.

Zunächst institutionalisiert ein datenbasiertes und bereichsübergreifendes Monitoring der politischen Bildung die öffentliche Aufmerksamkeit für das Feld der politischen Bildung und erhöht seine (bildungs-)politische Sichtbarkeit. Eine datengestützte Berichterstattung kann ferner die Professionalisierung der Anliegen politischer Bildung stützen, indem sie Bildungsbedarfe und -ungleichheiten sichtbar macht und deren Früherkennung ermöglicht. So dient ein Monitoring der Qualitätssicherung sowie der längerfristigen Planung und Strategieentwicklung. Es erhöht die Transparenz sowohl für Bildungsinstitutionen und Entscheidungsträger/-innen als auch für die breite Öffentlichkeit und erlaubt so, Rechenschaftspflichten im demokratischen Bildungssystem zu erfüllen. Schließlich kann ein Monitoring politischer Bildung auch Defizite relevanter Daten kenntlich machen und eine konsistentere Datengenerierung in allen Bereichen anstoßen.

Ein systematisches Monitoring kann herausstellen, wo politische Bildung an andere allgemeinbildende Domänen anschließen kann. Eine kontinuierliche Beobachtung und Beschreibung erhöhen dabei die Reflexivität der Bildungsakteure. Auch können Ergebnisse des Monitorings zum Ausgangspunkt werden, um spezifische Programme der politischen Bildung zu evaluieren oder direkt neue Programmentwicklungen anzustoßen. Erst eine nationale datengestützte Berichterstattung zur politischen Bildung schafft die Grundlage für internationale Vergleiche, ermöglicht damit die Diffusion von *Best Practices* und regt internationale Förderinitiativen an.

Um dies zu erreichen, unternimmt der vorliegende Pilotmonitor einen ersten Schritt, die mitunter überaus heterogenen Angebote im Feld der politischen Bildung zu systematisieren sowie hinsichtlich ihrer spezifischen Potenziale und Herausforderungen zu analysieren. Dabei sind die Autorinnen und Autoren davon ausgegangen, dass politische Bildung in verschiedenen Lebensabschnitten wirksam wird und die gemeinhin existierenden Grenzen von Bildungsinstitutionen überschreitet. Dies bedeutet, dass sich die datengestützte Berichterstattung nicht auf eine einzige Form oder Phase politischer Bildung beschränken kann, sondern politische Bildungsangebote form- und phasenübergreifend in den Blick nehmen muss. Entsprechend fokussiert der Pilotmonitor mit den vier Bildungsbereichen Schule, Hochschule, zweite und dritte Phase der Lehrkräftebildung sowie außerschulische politische Bildung zentrale Formen und Phasen politischer Bildung. Zwar kann mit diesem Ausschnitt keine Vollständigkeit hergestellt werden; die identifizierten und für diesen Bericht gewählten Bereiche lassen es aber zu, erkenntnisleitende Verknüpfungen, Korrelationen oder Vergleiche vorzunehmen. Angesichts der Breite und Vielgestaltigkeit politischer Bildung ist es zudem notwendig, sich vorerst auf eine begrenzte Zahl von Indikatoren zu konzentrieren, die für die Gestaltung des Feldes instruktiv sind. Der vorliegende Pilotmonitor soll auf dieser Basis zum Teil bereichsübergreifende Trends identifizieren, um besser informierte Entscheidungen zu erlauben. So kann das für den Pilotmonitor entwickelte grundlegende Set von Indikatoren die unterschiedlichen Akteure unterstützen, sich über das Feld als solches zu verständigen.

Die datengestützte Berichterstattung zur politischen Bildung adressiert die gesamte bildungsinteressierte Öffentlichkeit. Sie ist aber zugleich insbesondere für folgende Zielgruppen relevant: Für *Träger der schulischen und außerschulischen politischen Bildung* können Befunde und Indikatoren wertvolle Anregungen liefern, um ihr internes Monitoring weiterzuentwickeln und die Programmentwicklung zu unterstützen. Für *die bildungsinteressierte Öffentlichkeit* kann eine datengestützte Berichterstattung die Partizipation im Bildungssystem und -prozess unterstützen sowie die Selbstbestimmung über die eigene politische Bildung fördern. *Bildungspolitik und -administration* können basierend auf Ergebnissen der Berichterstattung zielgenauer politische Maßnahmen entwickeln und innovative Impulse setzen, unter anderem mittels Gesetzgebung und organisationaler Steuerung. Für *zivilgesellschaftliche Akteure* wie Stiftungen macht die datengestützte Berichterstattung relevante Handlungsfelder für künftige Aktivitäten sichtbar. Akteuren in *Wissenschaft und Hochschulen* dient sie als Grundlage dafür, weiterführende Forschung zu

identifizieren und zu definieren. *Unterstützungsagenturen* (z.B. QUA-LiS NRW) gibt sie Orientierung, um Zielgruppen zu adressieren. Für *Behörden und Betriebe* wie auch für die *Träger der außerschulischen politischen Bildung* erhöht die datengestützte Berichterstattung die Sichtbarkeit eigener Aktivitäten sowie die Anschlussfähigkeit an das allgemeine Bildungssystem.

Der Anspruch besteht darin, dass alle genannten Akteur/-innen durch eine regelmäßige systematische sowie daten- bzw. indikatorengestützte Berichterstattung einen fundierteren Überblick über das Feld der politischen Bildung gewinnen und ihre Aktivitäten in der skizzierten Landschaft besser verorten können. Dabei steht außer Frage, dass eine solche Berichterstattung auch kritisch gesehen werden kann. So etwa folgen bildungspolitische Entscheidungen häufig nicht durchweg rationalen Gründen, sondern sind vielfach das Ergebnis von politischen und administrativen Pfadabhängigkeiten. Ein weitaus gewichtigerer Einwand resultiert aus der mitunter unzureichenden Datenqualität, die evidenzbasiertes Entscheiden verhindert. Zugleich erfahren im (bildungs-) politischen Diskurs vielfach nur solche Anliegen Aufmerksamkeit, die über entsprechende Zahlen und Daten argumentativ verfochten werden (können) (Bauer 2018: 38). Infolgedessen priorisieren und favorisieren Entscheidungsträger/-innen vielfach bildungspolitische Schwerpunktsetzungen, die sich in Zahlen ausdrücken lassen, was mitunter unerwünschte Entwicklungstendenzen in der Profession zeitigt. Wenngleich sich bildungspolitische Anliegen nicht allein aus messbaren Befunden speisen sollten, sondern sich auch aus normativen Setzungen ableiten lassen können (sollten), müssen die verbreiteten Prinzipien der Aufmerksamkeitsökonomie Berücksichtigung finden, wenn bildungspolitische Vorschläge erfolgreich unterbreitet werden sollen. Dabei muss man sich vergegenwärtigen, dass sich klassisches Institutionenwissen leichter operationalisieren und messen lässt als z.B. habituelle Veränderungen. Daraus folgt die Notwendigkeit, mit den über die Indikatoren vorgenommenen Quantifizierungen sorgsam umgehen zu müssen, weshalb u. a. ihre Begrenzungen in Bezug auf die Steuerungsbedarfe reflektiert werden müssen.

Im Bewusstsein um die skizzierten Limitationen datengestützter Berichterstattung werden in den Kapiteln 3, 4, 5 und 6 als realisierbar klassifizierte Indikatoren vor- und dargestellt, um eine Grundlage für eine wiederkehrende Berichterstattung zur politischen Bildung in Deutschland zu legen.

1.2 Definition politischer Bildung

Wissenschaftliche Definitionen von Politik sind vielfältig. Zum Kern dieser Vorstellungen gehört das Denken und Handeln, das darauf gerichtet ist, Konflikte über Interessen und Werte sowie über die Verteilung von Ressourcen und Macht zu regeln (Easton 1953). Als Ziel gilt die Gestaltung des Zusammenlebens in pluralen Gesellschaften, indem allgemeinverbindliche Entscheidungen herbeigeführt und durchgesetzt werden (Easton 1965; Meyer 2010). Während diese Kernelemente unabhängig vom politischen System greifen, werden sie durch Verknüpfungen mit dem Begriff *Demokratie* spezifiziert. Demokratie bezeichnet politische Ordnungen mit dem Charakteristikum der unmittelbaren oder mittelbaren Herrschaft des Volkes, die sich etwa als liberale oder republikanische, konsensuale oder majoritäre Demokratien von illiberalen Demokratien und Autokratien abgrenzen. Politische Bildung ist vor dem Hintergrund dieser Verständnisse von Politik und Demokratie zu verorten, wobei sie die Pluralität dieser Vorstellungen aufgreift.

Der hier veröffentlichte Pilotmonitor stützt sich auf eine vorläufige Arbeitsdefinition von politischer Bildung (vgl. Abb. 1-1). Diese Definition hat eine pragmatische Funktion, sie dient dazu, den Gegenstandsbereich in einem ersten Zugriff einzugrenzen und damit für die Berichterstattung in der Pilotierungsphase handhabbar zu machen. Der Begriff ist als Ausgangspunkt für die datenformige Beschreibung der politischen Bildung zu verstehen. Eine datengestützte Berichterstattung muss den Begriff angesichts der im Feld vertretenen Selbstverständnisse fortlaufend reflektieren und revidieren. So gesehen sind auch die Begriffe politischer Bildung Gegenstand einer Berichterstattung und wirken auf diese zurück.

Politische Bildung verfolgt das komplexe Ziel, politische Mündigkeit im Sinne politischer Urteils- und Handlungsfähigkeit auszubilden. Sie fördert Lernprozesse zur Entwicklung dieser Fähigkeiten, erschließt diesbezüglich relevantes Wissen und Können, unterstützt die politische Positionierung sowie

Interessenvertretung und bestärkt schließlich das Eintreten für demokratische Institutionen, Werte, Rechte und Pflichten.

Von besonderer Bedeutung ist es, den Bezug zur subjektiven Seite von Politik herzustellen, d. h. zur politischen Mündigkeit und Urteils- sowie Entscheidungsfähigkeit, aber auch zur Aufgeschlossenheit, Wachsamkeit und Selbstwirksamkeit. Ebenso gilt es, den dynamischen Charakter und die Unabgeschlossenheit von Politik, Demokratie, politischem Urteilen und Handeln sowie politischer Bildung selbst zu betonen, um eine entsprechende Förderung anbahnen zu können. Politische Bildung findet dabei über die Grenzen von Bildungsinstitutionen hinweg statt und kann ihrer Definition nach nicht auf eine fachliche Disziplin oder ein einzelnes Unterrichtsfach begrenzt werden. Trotz dieser Breite und Allgegenwärtigkeit politischer Bildung ist es im Rahmen einer datengestützten Berichterstattung unverzichtbar, bereichsübergreifende und bereichsspezifische Fokussierungen und Abgrenzungen vorzunehmen und – im Einklang mit Rückmeldungen aus den adressierten Bildungsbereichen – fortlaufend weiterzuentwickeln.

► Abb. 1–1 Arbeitsdefinition politische Bildung und Foki der untersuchten Bereiche



1.3 Die Lage der politischen Bildung in Deutschland

Seit jeher bildet das öffentliche Interesse an politisch verhandelten Themen die Voraussetzung für den Zusammenhalt demokratischer Gesellschaften. Demokratisches Bewusstsein stellt jedoch keine anthropologische Konstante dar, sondern muss fortwährend gelernt, gelebt und verteidigt werden. Nach wie vor zielt politische Bildung auf die Mündigkeit und Selbstbestimmung freier Bürger/-innen, die die Demokratie stützen und schützen, indem sie ihre in der Verfassung garantierten Freiheitsrechte ausüben und verteidigen (vgl. Engartner 2020: 117–119). Angesichts der Tatsache, dass gegenwärtig weltweit etablierte liberale Demokratien unter Druck geraten (vgl. weiterführend Snyder 2018) sieht sich auch die politische Bildung als stabilisierendes Fundament demokratischer Gesellschaften mit bislang unbekannten Herausforderungen konfrontiert. Insbesondere die (drohende) gesellschaftliche Polarisierung, die Erosion demokratischer Werte und die Entwicklung extremistischer Einstellungen lassen die Rufe nach mehr politischer Bildung zunehmend lauter werden (vgl. Barbehöhn/Wohnig 2022: 11–12). Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des sich verbreitenden und auch parlamentarisch verfestigenden Rechtspopulismus und -extremismus werden in jüngerer Zeit zahlreiche Aktionsprogramme, Förderlinien und Bildungspläne aufgelegt bzw. ausgebaut und angepasst. Dabei hat politische Bildung zunehmend nicht nur im schulischen, sondern auch im hochschulischen und außerschulischen Kontext – vielfach sicht- und spürbar – an Bedeutung gewonnen.

Im schulischen Kontext und damit auch im Bereich der Lehrkräftebildung verortet sich politische Bildung in Gestalt von einschlägigen Unterrichtsfächern, fachbezogenen Bildungsplänen und fächerübergreifenden Prinzipien. Ihre Möglichkeiten bestimmen die Stundentafeln in Form von Kontingentstunden, die Verfügbarkeit fachlich einschlägig ausgebildeter Lehrkräfte und

das Angebot passender Lehrkräftefort- und -weiterbildungen. Zwar genießt politische Bildung neben Religion als einziges Fach in einigen Bundesländern „Verfassungsrang“ (vgl. Deutscher Bundestag 2016: 4), was für deren curriculare und institutionelle Sicherung spricht. Aber unter den gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichtsfächern bildet Politik im Vergleich zu Geschichte und Erdkunde das Schlusslicht (vgl. ebd.; Gökbudak/Hedtke 2019). Überdies wird im Schulformvergleich ein weiterer besorgniserregender Zusammenhang identifiziert: „(D)iejenigen, deren Zugang zu Politik aufgrund von kulturellem und sozialem Kapital erschwert wird (Schäfer 2015), erhalten bundesweit im Schnitt auch weniger Politische Bildung“ (Achour/Wagner 2019: 58). Diese fehlende Egalität im Zugang zu politischer Bildung bildet sich überdies in der hochschulischen Lehrkräftebildung ab. Sowohl Personen mit Migrationshintergrund als auch Bildungsaufsteigende sind – zumindest in der gymnasialen Lehrkräfteausbildung – eindeutig unterrepräsentiert (vgl. Cramer 2021; Donlevy u. a. 2016). Ähnliche Muster schildert Kalina (2014) in seinem Bericht zu den Teilnehmenden an außerschulischen Bildungsangeboten. Auch hier bleiben bildungsferne Schichten sowie Menschen mit Migrationshintergrund stark unterrepräsentiert, sodass von einem bereichsübergreifenden Egalitätsproblem gesprochen werden kann, das keine kompensatorische Zielgruppennerreichung ermöglicht.

Zur fehlenden Egalität der politischen Bildung kommt erschwerend hinzu, dass seit den 2010er-Jahren innerhalb des Ankerfachs der politischen Bildung auf curricularer Ebene eine Verschiebung zugunsten rein wirtschaftswissenschaftlicher Inhalte und vorrangig ökonomischer Perspektiven stattfindet (vgl. Hedtke 2018; Kutscha 2020; Engartner/Engartner 2022). Ihren schulpolitischen Ausdruck findet diese Schwerpunktsetzung zum einen in neuen Unterrichtsfächern für Wirtschaft wie z.B. in dem zum Schuljahr 2017/18 in Baden-Württemberg eingeführten Fach *Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung* (vgl. weiterführend Weber 2019). Zum anderen erfolgt die Aufwertung der Domäne Wirtschaft gegenüber politischen Frage- und Problemstellungen mittels Umbenennungen sozialwissenschaftlicher Unterrichtsfächer wie zuletzt in Nordrhein-Westfalen, das im Schuljahr 2020/21 an allen Schulformen das neu konzipierte Fach *Wirtschaft-Politik* eingeführt hat.

Zugleich diskutiert die Profession der politischen Bildung über die fachspezifische bzw. fächerübergreifende Ausrichtung des Unterrichtsfachs, um seinem hohen gesellschaftlichen Stellenwert Ausdruck zu verleihen und ausreichend Raum für die im Fach zu führenden Debatten und Kompetenzen zu haben (vgl.

Reinhardt 2020). Nicht nur einzelne Fachvertreter/-innen schätzen den „Politikunterricht als randständiges Schulfach“ ein (Detjen 2015), betiteln die Markierung als „fest etablierte Bildungsaufgabe“ oder als „schöne(n) Schein“ und verweisen auf einen breiten Konsens zum unbefriedigenden Status der politischen Bildung (ebd.). Vielfach wird bemängelt, dass der politischen Bildung zu wenige Stunden zur Verfügung stehen, sowie ihre curriculare, personelle und institutionelle Stärkung gefordert, wenngleich die Frage ihrer schulfachlichen Organisation nicht abschließend geklärt ist (vgl. Achour/Wagner 2019; Fischer u. a. 1980; Gökbudak/Hedtke 2018; Reinhardt 2020).

Diese ungeklärte fachliche Organisation spiegelt sich überdies in anderen Bildungsbereichen wider. So herrscht auch in der hochschulischen Lehramtsausbildung mitunter weitreichende Uneinigkeit bezüglich der fachwissenschaftlichen Ausgestaltung (vgl. weiterführend Hedtke 2022), die durch den über die KMK nicht weiter ausgeführten Gestaltungsspielraum der Profilbildung der Studiengänge begünstigt wird. Ähnliches gilt für die – zumindest teilweise so bezeichneten – bildungswissenschaftlichen Anteile des Lehramtsstudiums (vgl. Ruberg/Schumpich 2024; Schreiber/Cramer 2023). Somit bleiben auch bei der Erfüllung der fachübergreifenden politischen Bildungsaufgabe der Demokratiebildung Desiderate offen. Dazu zählen insbesondere der hohe Anteil von Lehrkräften in der politischen Bildung, die ihre Tätigkeit ohne einschlägige Qualifikation ausüben. Das wird auch dann problematisch, wenn Lehrkräfte im Unterricht kontroverse politische Themen aufgreifen und eine Auseinandersetzung mit extremistischen Positionen begleiten sollen (Hahn-Laudenberg/Abs 2024; Oberle 2023).

Zudem sieht sich auch die politische Bildung mit dem Phänomen des Lehrkräftemangels konfrontiert, der ein fachübergreifendes Problem des Schulsystems ist (vgl. SWK 2023: 7–9). Die daraus erwachsende Gefahr einer quantitativ wie qualitativ unzureichenden Unterrichtsversorgung äußert sich im Feld der politischen Bildung insbesondere in Gestalt des hohen Anteils fachfremd erteilten Unterrichts. Darin kommt zum Ausdruck, dass kein Schwerpunkt auf die Einstellung qualifizierter Fachkräfte gelegt wird, was eine der zentralen Herausforderungen für die schulische politische Bildung darstellt. Wenngleich lediglich Bayern, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz Daten über den Anteil an fachfremd unterrichteter schulischer politischer Bildung veröffentlichen, müssen die Daten als besorgniserregend bezeichnet werden (vgl. Grieger 2022: 49–54). Sowohl in Hessen als auch in Mecklenburg-Vorpommern verfügen laut ministeriellen Angaben 44 % der

Lehrkräfte, die im Unterricht der politischen Bildung eingesetzt werden, über keine entsprechende Fakultas (vgl. Lange 2018). In Nordrhein-Westfalen wird in der Sekundarstufe I und II (allgemeinbildend) kein anderes Fach so häufig fachfremd unterrichtet wie Politik: Im Schuljahr 2018/19 an Hauptschulen zu 91,4 %, an Realschulen zu 62,4 %, an Gesamtschulen zu 57,2 % und an Gymnasien zu 25,6 % (Gökbudak/Hedtke 2020: 19). Begünstigt wird dieser Lehrkräftemangel vermutlich auch durch Zugangshürden für das Lehramtsstudium. Eine davon dürfte beispielsweise darin bestehen, dass traditionelle Lehramtsstudiengänge, die mit dem ersten Staatsexamen abschließen, und rein gestuften Bachelor-Master-Systeme parallel bestehen, was darüber hinaus auch die Vergleichbarkeit von Abschlüssen und die Mobilität zwischen Bundesländern erschwert (vgl. Mahrt/Wehage 2014).

Fächerübergreifend haben die Bundesländer zunehmend Sonderprogramme für den Quer- und Seiteneinstieg implementiert (vgl. SWK 2023). Und auch im Feld der politischen Bildung herrscht die Einsicht vor, dass der Fachlehrkräftemangel, die Übergänge von der Hochschule in das Referendariat und *Ad-hoc-Programme* zunehmend die institutionellen und qualitativen Rahmenbedingungen für die Unterrichtsversorgung prägen. Verschärft wird die vielfach unzureichende professionelle Qualifikation dadurch, dass es mittlerweile in keinem der 16 Bundesländer mehr eine Obligatorik in der Lehrkräftefort- und -weiterbildung gibt. Dabei stellen Fortbildungen in verschiedenen Berufsfeldern ein zentrales Instrument für den Erhalt, die Erweiterung sowie die Vertiefung beruflicher Kompetenzen dar. Überdies ist vielfach empirisch belegt, dass Lehrkräftefortbildungen die Unterrichtsfähigkeit und infolgedessen auch die Unterrichtsqualität substanziell verbessern können (vgl. Hattie 2009; Richter 2016; Steffens/Höfer 2016). Dies gilt in besonderer Weise für Lehrkräfte, denen über den in Zeiten des Lehrkräftemangels immer mehr an Bedeutung gewinnenden Quer- oder Seiteneinstieg der Weg in den Schuldienst geebnet wird. Gerade für sie ist die Nutzung von Fortbildungsangeboten ein entscheidendes Mittel zur Qualitätssicherung ihrer Lehrprofessionalität (vgl. Rzejak/Lipowsky 2020). Weiterhin bietet die Fortbildung durch Zahl und Breite der erreichten Lehrkräfte sowie ihre vergleichsweise dynamischen Anpassungsmöglichkeiten das Potenzial, die Unterrichtsqualität so unmittelbar zu beeinflussen wie keine andere Bildungsmaßnahme auf dieser institutionellen bildungspolitischen Ebene (vgl. Cramer u. a. 2019; Pasternack u. a. 2017).

Die Mängel in der Qualitätssicherung der (Aus-)Bildung des Personals politischer Bildung auf schulischer Ebene kehren in Defiziten oder zumindest

Auffälligkeiten der außerschulischen politischen Bildung wieder. Während an den Schulen fachfremd unterrichtet wird, belegen verschiedene Untersuchungen, dass viele der außerschulischen Bildenden keine formale didaktische Ausbildung vorlegen können (vgl. Jügel/Lewerenz 2022; Rauschenbach u. a. 2019). Darüber hinaus bereitet ebenfalls die hochschulische Bildung im Rahmen der sozialen Arbeit – ein Bereich, aus dem Absolventinnen und Absolventen oft politische Bildungsarbeit antreten – mangelhaft auf politisch bildende Aufgaben vor (vgl. BMFSFJ 2020: 525).

Mit Blick auf die außerschulischen politischen Bildungsangebote lässt sich außerdem feststellen, dass deren Finanzarchitektur in den vergangenen Jahren brüchiger geworden ist, weil Formen der Globalförderungen durch Förderungen mit dem Ziel der Projektorientierung abgelöst wurden. Obschon anti-demokratische Ideologien eine immense Popularisierung erfahren, die Akzeptanz (rechts-)populistischer und (rechts-)extremistischer Einstellungen stetig wächst und sich Verschwörungserzählungen inklusive Hasskommunikation insbesondere im digitalen Raum fortlaufend verbreiten, stehen die Fördervolumina für politische Bildung in vielen (Hoch-)Schulen, Programmen, Behörden, Unternehmen, Verbänden und Ministerien zur Diskussion.

Auch die Nachwehen der Covid-19-Pandemie tragen zur prekären Finanzierungssituation in der außerschulischen Bildung bei (vgl. Scheidig 2022). Nach ersten Untersuchungen hat die Absage von Präsenzveranstaltungen in Lockdown-Zeiten zu einem scheinbar nachhaltigen Rückgang von Angebot, Teilnahme und finanziellen Gewinnen geführt (Christ u. a. 2021). Dies hat wiederum u. a. Auswirkungen auf die Angebotsfülle an außerschulischen Bildungsstätten in Deutschland, die zuvor eine zentrale Rolle in außerschulischen Bildungsprozessen gespielt haben (vgl. z. B. Waldmann 2023).

1.4 Politische Rahmenbedingungen

Wenn vor dem Hintergrund der skizzierten Ausgangslage politischer Bildung eine datengestützte Berichterstattung stattfinden soll, muss man zunächst nach den Realisierungsbedingungen fragen. Dabei sind politische Voraussetzungen, wissenschaftliche Kontexte und institutionelle Bedingungen hinsichtlich der Realisierung zu unterscheiden. In Bezug auf die politischen Voraussetzungen lautet die Frage, von wem eine datengestützte Berichterstattung über die Lage der politischen Bildung gewollt ist. So ist in Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit gemeinhin anerkannt, dass empirisches Wissen über Organisationen, Finanzflüsse, Angebotsstrukturen sowie Ergebnisse von Teilsegmenten des Bildungssystems eine Voraussetzung für zielgerichtete politische Steuerung ist. Indem datengestützte Berichterstattungen sich kontrollierter und überprüfbarer Verfahren bedienen, tragen sie ferner dazu bei, politische Debatten mit wissenschaftlichen Maßstäben zu verknüpfen. Jedoch ist jedes Monitoring und jede darauf basierende Berichterstattung mit Befürchtungen verbunden. Diese zielen z. B. darauf, dass die gesammelten Daten nicht im Interesse derer verwendet werden, bei denen sie gesammelt wurden (vgl. Fitz-Gibbon 1996: 185). Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, folgende Punkte bei politischen Entscheidungen zu einer datengestützten Berichterstattung zu beachten:

1. Die Ergebnisse sollten der Allgemeinheit transparent zur Verfügung stehen. Ihre Selektivität und Limitationen sollten offengelegt werden.
2. Auch wenn eine Berichterstattung die beste verfügbare Information repräsentiert, leiten sich Entscheidungen nicht direkt daraus ab. Informationen sind selten umfassend und bedürfen im Prozess der politischen Entscheidungsfindung der weiteren Kontextualisierung, Gewichtung und Bewertung.
3. Monitoring-Ergebnisse sollten nicht politisch genutzt werden, ohne die Bewertung derer anzuhören, die aktiv im betreffenden Bildungsbereich arbeiten. Auch die Einschätzungen derer, die sich politisch bilden, sollten dem Grundsatz nach Berücksichtigung finden.

4. Jedes Monitoring sollte von einem kontinuierlichen Diskurs darüber begleitet werden, wie es in seiner Funktionserfüllung gestärkt werden kann.

Auch wenn schon zu früheren Zeitpunkten Daten zur Entscheidungsfindung herangezogen wurden, entwickelte sich ein systematisches Bildungsmonitoring als Referenzpunkt politischer Diskurse in Deutschland erst in diesem Jahrhundert (vgl. Albers/Jude 2025). Im Jahr 2004 vereinbarten Bund und Länder, in regelmäßigen Abständen einen nationalen Bildungsbericht vorzulegen. 2006 beschlossen die Bundesländer im Rahmen der Kultusministerkonferenz erstmals eine Gesamtstrategie zum Bildungsmonitoring. 2015 wurde diese Strategie, die auch Festlegungen zur Teilnahme an internationalen Vergleichsstudien trifft, erneuert und moderat erweitert (vgl. KMK 2016). Damit liegt eine politische Willensbekundung zum Bildungsmonitoring in Deutschland vor, die jene Maßnahmen des Monitorings für ausgewählte Bereiche beschreibt, auf die sich die Kultusministerkonferenz politisch verständigen konnte. So wählt die KMK aus dem schulischen Curriculum lediglich einen Teil zum Monitoring aus: die Inhaltsdomänen Mathematik, Deutsch, erste Fremdsprache und Naturwissenschaften. Die politische Bildung gehörte 2015 in Deutschland nicht zu den Bereichen, die für ein Bildungsmonitoring in Betracht gezogen wurden.

Auf europäischer Ebene traf man zum Teil gegenläufige Entscheidungen, durch die politische Bildung zu einem integralen Bestandteil des europäischen Bildungsmonitorings wurde (ausführlicher vgl. Isac u. a. 2024). Trotz des lediglich informellen Einflusses der EU-Ebene auf das deutsche Bildungssystem belegen bildungspolitische Strategien der OECD (z.B. PISA seit dem Jahr 2000), dass Informalität nicht notwendigerweise mit Wirkungslosigkeit einhergehen muss. Nationale Strategien zur politischen Bildung können sich an europäischen Entscheidungen orientieren. So wurde etwa auf der Ebene des Europarates bereits 2010 unter dem Titel *Charter on Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education* eine Empfehlung durch die Bildungsminister/-innen der Mitgliedsstaaten verabschiedet, in der sich diese verpflichteten, die dort beschriebenen Maßnahmen zur politischen Bildung in ihren Ländern umzusetzen (Council of Europe 2010). Zu den Verpflichtungen gehört u. a., dass die Mitgliedsstaaten ihre Maßnahmen zur politischen Bildung regelmäßig evaluieren (ebd.: Section IV, 14). Der Europarat betreibt ein Monitoring zu dieser Verpflichtung, das allerdings ausschließlich auf den Selbstberichten der Mitgliedsstaaten beruht (vgl. Santibanez/Bagrintseva 2022).

Die Europäische Union hat das Thema der politischen Bildung etwas später als der Europarat aufgegriffen und baut auf dessen konzeptionellen Vorarbeiten auf. Hinsichtlich der Möglichkeiten, ein Monitoring ins Werk zu setzen, verfügt die EU jedoch über ungleich größere finanzielle und personelle Ressourcen. Im Rahmen der Methode der offenen Koordinierung besteht ein Kernelement europäischer Bildungspolitik darin, zur Reform von Bildungssystemen beizutragen, indem diese systematisch vergleichend beschrieben und in ihren Leistungen operationalisiert werden (vgl. Abs 2021).

Das Monitoring durch die EU wird vor allem in zwei regelmäßig erscheinenden Produkten sichtbar. Erstens sind dies die periodisch erscheinenden *Eurydice*-Berichte zur politischen Bildung, in denen vordringlich gesetzliche Regelungen und Angebotsstrukturen zur politischen Bildung in den Mitgliedsstaaten vergleichend dargestellt werden (EACEA 2017). Die *Education, Audio-visual and Culture Executive Agency* (EACEA) der Europäischen Kommission koordiniert die Umsetzung sämtlicher Aktivitäten der EU in diesem Bereich. Überdies erscheint jährlich ein *Education and Training Monitor* der Europäischen Kommission (z. B. European Commission 2022), der hauptsächlich Leistungsindikatoren zu den Bildungssystemen der Mitgliedsländer umfasst. Dabei werden Ergebnisse zur politischen Bildung regelmäßig aufgegriffen und sind auch für die kommenden Jahre als wiederkehrender Bestandteil angekündigt. Einschränkend muss dazu gesagt werden, dass die Daten zu einem überwiegenden Anteil aus der *International Civic and Citizenship Education Study* (ICCS) stammen und insofern auf die jeweiligen Teilnahmeländer an dieser Studie beschränkt sind. Dieser Kreis kann sich jedoch erweitern. Ein jüngerer Beschluss des Rates der Europäischen Union hat dazu festgehalten, dass die EU ihr Engagement zur politischen Bildung und deren Monitoring in den kommenden Jahren weiter ausbauen möchte (vgl. Council of the European Union 2023). So sollen die Mitgliedsstaaten auch weiterhin in ihrer Teilnahme an der ICCS unterstützt werden. Eine weitere Einschränkung besteht darin, dass sich das Monitoring auf den Bereich der formalen Bildung bis zur Sekundarstufe bezieht. Hochschulbildung und außerschulische Bildung werden bislang nicht systematisch erfasst, aber auch hier gibt es erste zivilgesellschaftliche Initiativen (vgl. Slavkova/Kurilić 2023).

1.5 Alleinstellungsmerkmale

Der vorliegende Pilotmonitor soll eine konkrete Ausgangsposition für eine systematische, daten- bzw. indikatorengestützte und regelmäßige Berichterstattung über das gesamte Feld der politischen Bildung schaffen. Dazu wurde ein integriertes System von Indikatoren entwickelt und erprobt. Erstmals liegt damit eine differenzierte Situations- und Entwicklungsanalyse der politischen Bildung für die Bevölkerung in Deutschland vor. Der Pilotmonitor nimmt für sich in Anspruch, in Abgrenzung zu bisher vorgelegten, ähnlichen Unternehmungen eine Reihe von Alleinstellungsmerkmalen geltend machen zu können: Er erfasst vier große Bereiche der politischen Bildung, macht Strukturen, Bildungsangebote und Finanzflüsse transparent, hat eine große Reichweite, verstetigt die Aufmerksamkeit für das Feld und liefert eine Datenbasis für die Weiterentwicklung von Angeboten. Mit diesen und weiteren Charakteristika geht der Pilotmonitor politische Bildung weit über vorliegende Bestandsaufnahmen, Berichte und Rankings zur politischen Bildung in Deutschland hinaus.

Integrative Erfassung wichtiger Bereiche politischer Bildung

Der Pilotmonitor verfolgt einen integrativen Ansatz. Mit Schule, Hochschule, zweiter und dritter Phase der Lehrkräftebildung sowie außerschulischer politischer Bildung identifiziert, analysiert und verbindet er auf systematische Weise vier zentrale Bereiche politischer Bildung. Um einen empirisch fundierten Überblick über das gesamte Feld zu geben, werden bereichsspezifische Indikatoren präsentiert und bereichsübergreifende Zusammenhänge erschlossen. Mithin stellt der Bericht Entscheidungsträger/-innen Daten bereit, die es ihnen ermöglichen, sowohl bei politischen als auch bei (rein) administrativen Entscheidungen transsektorale Zusammenhänge stärker zu berücksichtigen. Darüber hinaus legt der Pilotmonitor ein breites und verlässliches Datenfundament für den öffentlichen Diskurs über politische Bildung und lebenslanges Lernen vor,

indem er die vorherrschende Verengung auf den Schulbereich aufbricht. Ein Gegenstand hierfür sind beispielsweise typische Biografien politischer Bildung, die sich über Lebensphasen hinweg in institutionellen Formen wie Unterricht, Studium und politischer Erwachsenenbildung entwickeln. Einen weiteren Zugang erschließt die Analyse der inhaltlichen Passung von Curricula der politischen Bildung in Schulen, einschlägigen Lehramtsstudiengängen und Angeboten der Lehrkräftefort- und -weiterbildung.

Letztlich soll das Indikatorensystem des Pilotmonitors die komplexe institutionelle und organisatorische Struktur der Bereiche politischer Bildung sowie deren vielfältige Bildungsangebote erfassen. Dies schafft eine bislang unbekannte Transparenz im, über und für das Feld der politischen Bildung. Da die Datenbasis des Pilotmonitors breit, zuverlässig und aktuell ist, hilft er, Trends rechtzeitig zu entdecken und Innovationen zu entwickeln.

Datenbasis zur Finanzierung politischer Bildung

In allen Bereichen und auf allen Ebenen politischer Bildung haben Strukturen, Angebote, Prozesse und Ergebnisse eine finanzielle Dimension. Politische und administrative Entscheidungen setzen zumeist auch finanzielle Rahmenbedingungen oder sind an bestehende Finanzrahmen gebunden. Der Pilotmonitor soll künftig Indikatoren zur Verfügung stellen, die wesentliche Finanzierungssäulen im Feld der politischen Bildung beschreiben. Angesichts der disparaten Datenlage und der hohen Komplexität kann dies zunächst nur exemplarisch für den Bereich *außerschulische politische Bildung* geleistet werden.

Fokussierung und Verstetigung öffentlicher und politischer Aufmerksamkeit

Alle Bereiche der politischen Bildung sind von einer Vielzahl von Änderungsprozessen geprägt. Politische Erwartungen und Maßnahmen wirken darauf ein. So ändert sich fortlaufend die Datenbasis für Entscheidungen, d. h. es braucht eine kontinuierliche datengestützte Berichterstattung zu einem Kern von Indikatoren, ergänzt um variierende Schwerpunktthemen. Durch die Längsschnittperspektive und eine regelmäßige Berichterstattung im geplanten dreijährigen Rhythmus wird die Aufmerksamkeit für das Feld der politischen Bildung in Öffentlichkeit, Fachöffentlichkeit und Politik verstetigt. Da er regelmäßig Daten zu allen Bereichen politischer Bildung gleichzeitig veröffentlicht, führt er den

Diskurs über das Gesamtfeld zusammen. Das erhöht die Reichweite der Berichterstattung sowie der bildungspolitischen Kommunikation und kann bisher getrennte Diskurse produktiv vernetzen.

Datenbasis für die programmatische Weiterentwicklung von Bildungsangeboten

Der Pilotmonitor informiert über die thematischen Schwerpunkte der politischen Bildung in den vier Bildungsbereichen. Das ermöglicht einen bereichsübergreifenden inhaltlichen Vergleich der Angebotsprofile. Zugleich erschließt er Referenzpunkte für von Adressatengruppen gewünschte Themenschwerpunkte (Nachfrageprofile) und bietet damit eine Grundlage für einen öffentlichen, politischen und professionellen Diskurs über die Responsivität von Bildungsangeboten. Die Monitordaten zu Themenstrukturen und Responsivitäten können dazu beitragen, dass Bildungsträger und Bildungspolitik künftig noch besser in der Lage sind, ihre Angebote und Programme zu reflektieren und weiterzuentwickeln.

Startpunkte für vertiefende wissenschaftliche Studien

Überwiegend konnten für den Pilotmonitor nur bereits existierende Datenbestände erschlossen und analysiert werden, während einige zentrale Fragestellungen, Erkenntnisinteressen und Ausschnitte des Feldes mangels Daten nicht bearbeitet werden konnten. Diese Spannung zwischen dem Möglichen und dem Wünschenswerten verweist auf zahlreiche Lücken in der bisherigen Forschung zum Feld der politischen Bildung. Die Verknüpfung der Daten zu den Bereichen politischer Bildung erlaubt integrative Ansätze, während bisher getrennte Analysen der einzelnen Bereiche vorherrschten. Damit kann ein wesentlich umfassenderes Bild der politischen Bildung präsentiert werden als bislang. Der integrative Blick folgt der Bildungs- und Lebenspraxis der Adressat/-innen als Lernende, Bürger/-innen, Lehrkräfte, Multiplikator/-innen oder Ausbilder/-innen, die in der Regel in mehreren Bildungsbereichen nacheinander oder gleichzeitig politische Bildungsangebote wahrnehmen. Die Forschung hat diesen Umstand bislang selten aufgegriffen.

Große Reichweite durch Kommunikation mit Akteur/-innen

Durch seinen bereichsspezifischen und -übergreifenden Zuschnitt sowie sein differenziertes und entscheidungsbezogenes Indikatorennetz soll der Pilotmonitor politische Bildung auf der Grundlage erprobter Indikatoren künftig fortlaufend als datengestützte Berichterstattung über einzelne sektorspezifische Akteure hinaus explizit die Vielzahl und Pluralität im Feld der politischen Bildung adressieren. Entsprechend wurde die Anstrengung unternommen, die unterschiedlichen Informationsbedarfe von Bildungspolitik und Bildungsadministration, Hochschulen und Agenturen der Lehrkräftebildung, öffentlichen und freien Trägern der politischen Bildung, Medien, allgemeiner Öffentlichkeit und professionellen Diskursen nach Möglichkeit zu bedienen. Und nicht zuletzt sollten auch die Interessen und Einschätzungen der Teilnehmenden von Bildungsmaßnahmen berücksichtigt und zugänglich gemacht werden.

Für gewöhnlich wünschen Akteur/-innen Informationen über das Feld, in dem sie tätig sind, d. h. sie haben ein Interesse an möglichst hoher Transparenz in Form von Daten und Indikatoren, die andere Akteur/-innen oder aber – eben akteursübergreifend – ihr eigenes Feld beleuchten. Ebenso reagieren Akteure zurückhaltend, wenn es um Transparenz im eigenen Feld und hinsichtlich der eigenen Organisation geht, weil sie eventuelle Nachteile für ihre Organisation befürchten. Dieser Interessenkonflikt markiert ein Informationsdilemma. Der vorliegende Pilotmonitor versucht, dieses Dilemma durch drei Kommunikationsoptionen zu entschärfen: Erstens sollen die Indikatoren inklusive der Art und Weise ihrer Darstellung mit den jeweiligen Akteur/-innen breit und wiederkehrend in verschiedenen fachlichen Kontexten diskutiert werden. Zweitens wird die Möglichkeit eingeräumt, die Ergebnisse des Pilotmonitors auf der projekteigenen Website (bericht-pb.de) zu kommentieren. Und drittens stehen die am vorliegenden Bericht beteiligten Personen für persönliche Rückmeldungen zu aufkommenden Fragen zur Verfügung.

Literatur

- Abs, Hermann J. (2021): Options for Developing European Strategies on Citizenship Education. In: *European Educational Research Journal*, Jg. 20, Nr. 3, S. 329–347. Verfügbar unter: doi.org/10.1177/1474904121994418.
- Achour, Sabine / Wagner, Susanne (2019): Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen. Bestandsaufnahme, Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen, Berlin. Verfügbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/15611.pdf> (Zugriff: 16.09.2024).
- Albers, Andrea / Jude, Nina (Hrsg.) (2025): *Blickpunkt Bildungsmonitoring – Bilanzen und Perspektiven*, Weinheim.
- Barbehön, Marlon / Wohnig, Alexander (2022): Politische Bildung in und für die Demokratie. Über das Verhältnis von staatlichem Regieren und politischem Bilden. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 72, H. 48, S. 11–16. Verfügbar unter: www.bpb.de/515534.
- Bauer, Thomas (2018): *Die Vereindeutigung der Welt. Über den Verlust an Mehrdeutigkeit und Vielfalt*, Stuttgart.
- Besand, Anja (2014): *Monitor politische Bildung an beruflichen Schulen. Probleme und Perspektiven*, Bonn.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter (Drucksache 19/24200), Berlin.
- Christ, Johannes / Martin, Andreas / Koscheck, Stefan (2021): Zur Anpassungsfähigkeit von Weiterbildungsanbietern in der Corona-Pandemie. In: *Zeitschrift für Weiterbildungsforschung*, Jg. 21, H. 44, S. 215–239. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1007/s40955-021-00194-3>.
- Council of Europe (2010): *Council of Europe Charter on Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education*. Adopted in the framework of Recommendation CM/Rec (2010) 7 of the Committee of Ministers, Strasbourg. Verfügbar unter: <https://rm.coe.int/16803034e5> (Zugriff: 16.09.2024).
- Council of the European Union (2023): *Council conclusions on the contribution of education and training to strengthening common European values and democratic citizenship*. Verfügbar unter: www.data.europa.eu/eli/C/2023/1419/oj (Zugriff: 08.07.2024).
- Cramer, Colin (2012): *Entwicklung von Professionalität in der Lehrerbildung: Empirische Befunde zu Eingangsbedingungen, Prozessmerkmalen und Ausbildungserfahrungen Lehramtsstudierender*, Bad Heilbrunn.
- Cramer, Colin (2016): Lehrerinnen und Lehrer lernen: Fort- und Weiterbildung im Lehrerberuf. In: Rothland, Martin (Hrsg.): *Beruf Lehrer/Lehrerin*, Münster, S. 245–260.
- Cramer, Colin / Johannmeyer, Karen / Drahmann, Martin (2019): *Fortbildungen von Lehrerinnen und Lehrern in Baden-Württemberg*, Tübingen. Verfügbar unter: doi.org/10.25656/01:16567.
- Detjen, Joachim (2015): *Politische Bildung: Bildungsaufgabe und Schulfach*. Verfügbar unter: www.bpb.de/193595 (Zugriff: 16.09.2024).
- Deutscher Bundestag (2016): *Schulischer Politikunterricht in den Bundesländern*. Verfügbar unter: www.bundestag.de/resource/blob/487700/d782a1c792d2e8b02d26a25ffb1b0835/wd-8-077-16-pdf-data.pdf (Zugriff: 05.07.2024).

- Donlevy, Vicki / Meierkord, Anja / Rajania, Aaron (2016): Study on the diversity within the teaching profession with particular focus on migrant and /or minority background, Brüssel. Verfügbar unter: www.oktatas.hu/pub_bin/ikt/etwinning/Final_report.pdf (Zugriff: 22.05.2024).
- Easton, David (1953): *The Political System. An Inquiry into the State of Political Science*, New York.
- Easton, David (1965): *A Framework for Political Analysis*, Englewood Cliffs.
- Engartner, Christine / Engartner, Tim (2022): Stärker im Verbund. Zum Verhältnis von politischer und ökonomischer Bildung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 72, H. 48, S. 41–46. Verfügbar unter: www.bpb.de/515539 (Zugriff: 16.09.2024).
- Engartner, Tim (2020): Politische Bildung als Verfassungsvoraussetzung – oder: Pädagogische An- und Überforderungen in Zeiten des Rechtspopulismus. In: *Der Staat*, Jg. 59, Nr. 1, S. 117–143.
- European Commission (2018): *Education and Training Monitor 2018*, Luxemburg. Verfügbar unter: www.data.europa.eu/doi/10.2766/28521 (Zugriff: 16.09.2024).
- European Commission (2022): *Education and Training Monitor 2022. Comparative report*, Luxemburg. Verfügbar unter: www.data.europa.eu/doi/10.2766/117416 (Zugriff: 16.09.2024).
- European Education and Culture Executive Agency (EACEA) (2017): *Citizenship Education at School in Europe 2017*, Luxemburg. Verfügbar unter: www.data.europa.eu/doi/10.2797/536166 (Zugriff: 16.09.2024).
- Fischer, Kurt Gerhard / Ellwein, Thomas / Ackermann, Paul (1980): Thesen zur Situation des Unterrichtsfaches *Politische Bildung*. In: *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 21, Nr. 3, S. 315–317. Verfügbar unter: www.jstor.org/stable/24198886 (Zugriff: 16.09.2024).
- Fitz-Gibbon, Carol T. (1996): *Monitoring Education. Indicators, Quality and Effectiveness*, London.
- Gökbudak, Mahir / Hedtke, Reinhold (2018): 17 Minuten Politik, 20 Sekunden Redezeit. Daten zum Politikunterricht in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen, Bielefeld. Verfügbar unter: https://pub.uni-bielefeld.de/download/2915174/2932564/G%C3%B6kbudak_Hedtke_WP%20-%2017%20Minuten.pdf (Zugriff: 16.09.2024).
- Gökbudak, Mahir / Hedtke, Reinhold (2019): *Ranking Politische Bildung 2018. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I im Bundesländervergleich*, Bielefeld.
- Gökbudak, Mahir / Hedtke, Reinhold (2020): 3. *Ranking Politische Bildung. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I im Bundesländervergleich 2019*, Bielefeld. Verfügbar unter: doi.org/10.4119/unibi/2941780.
- Gökbudak, Mahir / Hedtke, Reinhold (2022): 5. *Ranking Politische Bildung. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I im Bundesländervergleich*, Bielefeld. Verfügbar unter: <https://pub.uni-bielefeld.de/download/2967744/2967753.pdf> (Zugriff: 16.09.2024).
- Grieger, Marcel (2022): *Selbstwirksamkeitserwartungen angehender und praktizierender Lehrkräfte zum Unterrichten von Gesellschaftslehre. Messung – Ausprägung – Prädiktoren*, Wiesbaden. Verfügbar unter: doi.org/10.1007/978-3-658-40155-9.
- Hahn-Laudenberg, Katrin / Abs, Hermann Josef (2024): *Kontroversität. (Wie) wird im Unterricht diskutiert?* In: Abs, Hermann Josef / Hahn-Laudenberg, Katrin / Deimel, Daniel / Ziemes, Johanna F. (Hrsg.): *ICCS 2022. Schulische Sozialisation und politische Bildung von 14-Jährigen im internationalen Vergleich* (S. 293–308), Münster / New York. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.31244/9783830998228.15>.
- Hattie, John (2009): *Visible Learning. A Synthesis of Over 800 meta-analyses relating to achievement*, New York. Verfügbar unter: doi.org/10.4324/9780203887332.

- Hedtke, Reinhold (2018): Sozialwissenschaftlichkeit als sozioökonomiedidaktisches Prinzip. In: Engartner, Tim / Fridrich, Christian / Graupe, Silja / Hedtke, Reinhold / Tafner, Georg (Hrsg.): Sozioökonomische Bildung und Wissenschaft: Entwicklungslinien und Perspektiven, Wiesbaden. S. 1–26. Verfügbar unter: doi.org/10.1007/978-3-658-21218-6_1.
- Hedtke, Reinhold (2022): Fachwissenschaftliche Grundlagen politischer Bildung – Positionen und Kontroversen. In: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch politische Bildung, 5. vollständig überarbeitete Auflage, Frankfurt a. M., S. 40–50. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.46499/1694>.
- Isac, Maria M. / Zels, Susanne / Abs, Hermann J. (2024): Approaches to Monitoring Citizenship Education in Europe. PrEval-Experten: Themen der internationalen Evaluationsforschung 2 / 2024. Verfügbar unter: doi.org/10.48809/PrEvalExp2402.
- Jugel, David / Lewerenz, Rico (2022): Gut, dass mal jemand fragt – Zur Lage der außerschulischen politischen Bildung in Sachsen. In: Journal für politische Bildung, Jg. 22, H. 4, S. 4–8. Verfügbar unter: <https://www.journal-pb.de/blog/gut-dass-mal-jemand-fragt> (Zugriff: 21.10.2024).
- Kalina, Andreas (2014): Erfolgreich. Politisch. Bilden. Faktensammlung zum Stand der politischen Bildung in Deutschland, Wesseling / Eichholz.
- Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) (2016): Gesamtstrategie der Kultusministerkonferenz zum Bildungsmonitoring, Bonn. Verfügbar unter: https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2015/2015_06_11-Gesamtstrategie-Bildungsmonitoring.pdf (Zugriff: 16.09.2024).
- Kutscha, Günter (2020): Rezension zu Hedtke, Reinhold: Das Sozioökonomische Curriculum. In: bwp@ Berufs- und Wirtschaftspädagogik – online, Jg. 20, Nr. 3. Verfügbar unter: www.bwpat.de/rezensionen/rezension_03-2020_hedtke.pdf (Zugriff: 16.09.2024).
- Lange, Dirk (2010): Monitor politische Bildung. Daten zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, Schwalbach a. Ts.
- Lange, Valerie (2018): Politische Bildung in der Schule – ein Statusbericht. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung der Kultusministerien, Berlin. Verfügbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/14033.pdf> (Zugriff: 16.09.2024).
- Mahrt, Katharina / Wehage, Heike (2014): Gemeinsam Zukunft gestalten. Aus studentischer Sicht besteht grundlegender Reformbedarf. In: Hochschulrektorenkonferenz (Hrsg.): Lehrerbildung heute. Impulse für Studium und Lehre, S. 14–15. Verfügbar unter: www.hrk.de/uploads/media/270626_HRK_Lehrerbildung_web_02.pdf (Zugriff: 06.05.2024).
- Maritzen, Norbert / Tränkmann, Jenny (2015): Normative Grundlagen des Bildungsmonitorings. In: Die Deutsche Schule, Jg. 107, Nr. 3, S. 232–247. Verfügbar unter: doi.org/10.25656/01:25924.
- Meyer, Thomas (2010): Was ist Politik?, Wiesbaden.
- Oberle, Monika (2023): Wie kontrovers darf es sein? Vorstellungen von Lehrkräften zu den Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses. In: Frech, Siegfried / Geyer, Robby / Oberle, Monika (Hrsg.): Kontroversität in der Politischen Bildung, Frankfurt / M., S. 88–107.
- Oberle, Monika / Pohl, Kerstin (2020): Politik in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung – Professionalisierung für ein vielgestaltiges Unterrichtsfach. In: Cramer, Colin / König, Johannes / Rothland, Martin / Blömeke, Sigrid (Hrsg.): Handbuch Lehrerinnen- und Lehrerbildung, Bad Heilbrunn / Stuttgart, S. 509–516. Verfügbar unter: www.bit.ly/31K6ZUm (Zugriff: 16.09.2024).
- Pasternack, Peer / Baumgarth, Benjamin / Burkhardt, Anke / Paschke, Sabine / Thielemann, Nurdin (2017): Drei Phasen. Die Debatte zur Qualitätsentwicklung in der Lehrer_innenbildung, Bielefeld. Verfügbar unter: doi.org/10.3278/6001599w.

- Rauschenbach, Thomas/Mühlmann, Thomas/Schilling, Matthias/Pothmann, Jens/Meiner-Teubner, Christiane/Fendrich, Sandra/Tabel, Agathe/Feller, Nadine/Kopp, Katharina/Müller, Sylvia/Böwing-Schmalenbrock, Melanie (2019): Kinder- und Jugendhilfereport 2018. Eine kennzahlenbasierte Analyse, Leverkusen.
- Reinhardt, Sibylle (2020): Politische Bildung für die Demokratie. In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP), Jg. 69, Nr. 2, S. 203–214.
- Richter, Dirk (2016): Lehrerinnen und Lehrer in Schulentwicklungsprozessen. In: Rothland, Martin (Hrsg.): Beruf Lehrer/Lehrerin. Ein Studienbuch, Münster/New York, S. 227–244.
- Ruberg, Christiane/Schumpich, Falko (2024): 2 Studiengänge und Standorte der Lehrer* innenbildung. In: Schmidt-Hertha, Bernhard/Tervooren, Anja/Martini, Renate/Züchner, Ivo (Hrsg.): Datenreport Erziehungswissenschaft 2024. Schriften der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE), Opladen/Berlin/Toronto, S. 51–74. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.25656/01:28694>.
- Rzejak, Daniela/Lipowsky, Frank (2020): Fort- und Weiterbildung im Beruf. In: Cramer, Colin/König, Johannes/Rothland, Martin/Blömeke, Sigrid (Hrsg.): Handbuch Lehrerinnen- und Lehrerbildung, Bad Heilbrunn/Stuttgart, S. 644–652. Verfügbar unter: www.handbuch-lehrerbildung.net/download/77-fort-und-weiterbildung-im-beruf/ (Zugriff: 21.10.2024).
- Santibanez, Barbara/Bagrintseva, Elizaveta (2022): 2022 Review of the Implementation of the Council of Europe Charter on Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education. Verfügbar unter: <https://rm.coe.int/first-draft-report-review-edchre-charter-2022/1680a61f22> (Zugriff: 05.07.2024).
- Scheidig, Falk (2022): Angebote politischer Erwachsenenbildung vor und nach dem „Corona-Schock“. In: Zeitschrift für Weiterbildungsforschung, Jg. 22, Nr. 45, S.321–345. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1007/s40955-022-00220-y>.
- Schreiber, Felix/Cramer, Colin (2023): Conceptual Systematic Review. Vorschlag einer neuen Methode für die Wissenschaftsforschung. In: Hofbauer, Susann/Schreiber, Felix/Vogel, Katharina (Hrsg.): Grenzbeziehungen und Grenzbeziehungen des Disziplinären. Verhältnisbestimmungen (in) der Erziehungswissenschaft, Bad Heilbrunn, S. 95–100. Verfügbar unter: www.pedocs.de/volltexte/2023/28106/pdf/Schreiber_Cramer_2023_Conceptual_Systematic_Review.pdf (Zugriff: 17.06.2024).
- Slavkova, Louisa/Kurilić, Maja (2023): Great Expectations. Demands and Realities of Civic Education in Europe, Bonn. Verfügbar unter: www.thecivics.eu/wp-content/uploads/2023/03/Mapping-CE-in-Europe_Documentation.pdf (Zugriff: 05.07.2024).
- Snyder, Timothy (2018): Der Weg in die Unfreiheit: Russland, Europa, Amerika, München.
- Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK) (2023): Lehrkräftegewinnung und Lehrkräftebildung für einen hochwertigen Unterricht, Bonn.
- Steffens, Ulrich/Höfer, Dieter (2016): Lernen nach Hattie. Wie gelingt guter Unterricht?, Weinheim.
- Waldmann, Klaus (2023): Wertevoll politisch bilden: Jahrestagung und Festakt der AKSB. In: Journal für politische Bildung, Jg. 13, H. 1, S.60–65. Verfügbar unter: <https://elibrary.utb.de/doi/abs/10.46499/2232.2633> (Zugriff: 29.04.2025).
- Weber, Birgit (2019): Die Didaktiken der Gesellschaftswissenschaften zwischen Zersplitterung, Dominanz und Interdependenz. In: Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften, Jg. 10, Nr. 2, S. 11–42.